

Streit um Pflegeheimplätze

Bis 2035 fehlen im Aargau rund 1500 Pflegebetten. Die Gemeinden wünschen sich eine kantonale Finanzierung.

David Walgis

Ein sonniger Abend im Stapferhaus. Der Gesundheitsverband Vaka hat zu seinem jährlichen gesundheitspolitischen Anlass geladen, verschiedene Referenten sprechen über die Gesundheitsversorgung am Limit. Ob Akutspitäler, die Notfallstationen, die Psychiatrie, die Spitex: Der Druck steigt in allen Bereichen.

Als Peter Spring in der Fragestunde ein Mikrofon ergreift, denkt er aber vor allem an die Pflege. «Es gilt nicht mehr: Wer zahlt, befiehlt. Es gilt: Der Kanton befiehlt und die Gemeinden bezahlen», sagt der Gemeindepräsident von Widen. «Wann wird das Problem der Restkostenfinanzierung endlich angegangen?» Es ist mehr Statement als Frage.

Die Restkostenfinanzierung ist ein kleines bürokratisches Wort für eine grosse Belastung. Seit 2012 gilt im Aargau: Der Kanton finanziert die Spitäler, die Gemeinden tragen mit den sogenannten Pflegerestkosten jenen Betrag, der nach Abzug des Anteils der Krankenkassen und der pflegebedürftigen Personen übrig bleibt. Weil diese beiden Anteile aber fixiert sind und die Kosten gesamthaft steigen, müssen die Gemeinden immer mehr bezahlen. Entsprechend ächzen sie unter den Kosten.

Die Pflegekosten steigen in den Gemeinden

So auch Peter Spring und seine Gemeinde Widen. Noch 2021 betrug die Kosten für die ambulante und stationäre Langzeitpflege für die Gemeinde rund 430'000 Franken. 2025 sind es rund 1,1 Millionen Franken – zweieinhalb mal mehr.

Wie Widen geht es vielen Gemeinden im Kanton. Auch deshalb haben verschiedene Gemeinden die Steuern erhöht. In Ammerswil haben die Stimmberechtigten im zweiten Anlauf zähneknirschend für dieses Jahr den Steuerfuss um 18 Prozent angehoben. Auch dort argumentierte der Gemeinderat mit den steigenden Pflegekosten.

Anruf bei Peter Spring. Er habe ja durchaus Verständnis, dass die Kosten steigen. «Das ist der Preis, den die Gesellschaft für die steigende Lebenserwartung zahlt.» Kein Verständnis hat er aber, dass der Kanton mit seiner guten Finanzlage die Gemeinden nicht stärker unterstützt. «Der Kanton schreibt



Im Kanton Aargau droht in den kommenden Jahren eine massive Unterversorgung bei den Pflegeheimplätzen.

Bild: Roger Grütter

«Fehlen die Pflegeheimplätze, stossen die Spitäler an ihre Grenzen.»



André Rotzetter
Mitte-Grossrat

Millionengewinne – senkt aber lieber die Steuern oder denkt über Rückerstattungen nach, statt das Geld ins Gesundheitssystem zu investieren», sagt der FDP-Mann.

Es ist eine Kritik, die sich auch an seine Parteikollegen im Grossen Rat richtet. Zusammen mit der SVP haben die

Freisinnigen Ende 2025 einen harten Sparkurs und eine deutliche Steuersenkung verordnet.

Ein Vorstoss verspricht Abhilfe

Gleichzeitig hofft Spring auf einen Vorstoss im Grossen Rat. Im Parlament hat man die Not der Gemeinden durchaus erkannt. Ende Jahr reichte FDP-Grossrat Titus Meier eine Motion ein, welche die Gemeinden entlasten will. Wie dies bei den Spitälern bereits seit 14 Jahren der Fall ist, fordert Meier auch bei den Pflegeheimen und bei der Spitex eine kantonale Planung und Finanzierung.

Die Planung sei stark von der soziodemografischen Entwicklung und gesellschaftlichen Trends geprägt, welche auf kommunaler Ebene nicht beeinflusst werden könnten, schreibt Meier im Vorstoss.

Die Krux: Der Kanton verortet in der gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2023 die Pflegeversorgung weiterhin bei den Gemeinden. Ein Ziel sieht regionale Versorgungsregionen vor – trotz Widerstand der Gemeinden, die sich bereits 2021 mit grosser Mehrheit für eine kantonale Finanzierung aussprachen.

Der Regierungsrat will an der bisherigen Planung festhalten und die Motion als weniger

verbindliches Postulat entgegennehmen. Er sieht weiterhin Vorteile in den regionalen Organisationen. Aufgrund grosser regionaler Unterschiede in der demografischen Entwicklung sei eine lokale Umsetzung unumgänglich, heisst es in der Antwort der Regierung.

Klar ist: Die gestiegenen Kosten in den vergangenen Jahren dürften den Gemeinden in die Karten spielen. Die Motion hat gute Erfolgchancen im Parlament, ist sie doch breit abgestützt und von Gesundheitspolitikerinnen und -politikern sämtlicher Fraktionen unterschrieben.

Klar ist indes: Schnelle Lösungen sind nicht in Sicht – wären aber bitter nötig. Eine Stunde bevor Peter Spring das Wort ergriffen hat, schreckte Mitte-Grossrat und Vaka-Vorstandsmitglied André Rotzetter das Publikum mit einer alarmierenden Grafik auf: 7000 Pflegeheimplätze gibt es derzeit im Kanton, bis 2035 braucht es 1500 weitere. Doch in Planung sind derzeit gerade mal 150 neue Plätze. Rotzetter, 66 Jahre alt, fast schon zynisch: «Ich rechne nicht damit, dass ich in zehn Jahren einen Platz habe.»

Es sei allen klar, dass diese 1500 zusätzlichen Betten als reine Pflegeheimplätze nicht gebaut werden können, sagt der

Gesundheitspolitiker zwei Tage später am Telefon. Das Land fehlt, ebenso das Geld, sind doch viele Pflegeheime defizitär. Gleichzeitig nennt Rotzetter die Fehlanreize. «Fördern die Gemeinden den Ausbau, tragen sie über die Restkosten auch höhere Belastungen.» Kurz: eine schwierige Situation.

Eine Alternative sieht Rotzetter in einem Zwischenschritt: dem vermehrten Bau von Alterswohnungen und Angeboten für betreutes Wohnen. Im Gegensatz zu Pflegeheimen können diese in normalen Bauzonen errichtet werden. Derzeit sucht der Verband in einer Arbeitsgruppe mit den Gemeinden und dem Kanton eine Konkretisierung. «Aber man steht an», sagt Rotzetter. «Die grosse Frage, die wir nun zuerst beantworten müssen, ist: Wer ist <man>? Momentan sind es die Gemeinden.»

Wer das <man> sein sollte, liegt auch für Rotzetter und den Verband auf der Hand: Der Kanton – mit klaren Vorgaben an die neuen Versorgungsregionen. «Der Kanton sollte sowohl die Spital-, als auch die Pflegeversorgung übergeordnet planen – und die Anteile der öffentlichen Hand tragen. «Fehlen die Pflegeheimplätze, stossen schlussendlich auch die Spitäler an ihre Grenzen.»

Zu viele Keime im Schinken

Strafbefehl Ein heute 33-jähriger Mann war als Geschäftsführer eines italienischen Restaurants im Bezirk Laufenburg für den Betrieb verantwortlich. Zwischen September 2024 und März 2025 wurde das Lokal mehrmals vom Lebensmittelkontrolleur überprüft. Bereits bei der ersten Kontrolle zeigten sich erhebliche Mängel, wie die Staatsanwaltschaft in einem Strafbefehl festhält, der kürzlich rechtskräftig wurde.

So fehlte ein auf den Betrieb abgestimmtes Selbstkontrollkonzept, Temperaturen wurden nur unregelmässig dokumentiert und die Hygiene im Personalbereich war ungenügend. Zudem wiesen Proben von Lebensmitteln wie geschnittenem Schinken und Thon aus der Dose massiv erhöhte Keimwerte auf. Auch die Kühlung im Lokal war teilweise ungenügend: Der Schinken wurde deutlich zu warm gelagert.

Betreiber muss 2000 Franken Busse zahlen

Bei einer weiteren Kontrolle Anfang Dezember 2024 stellten die Behörden ähnliche Probleme fest. Wieder fehlte ein funktionierendes Kontrollsystem, und erneut waren Lebensmittelproben stark mit Keimen belastet – diesmal unter anderem die vorgekochten Auberginen. Und auch diesmal war die Kühlung von gewissen Lebensmitteln unzureichend, etwa von Sardellen und Kapern.

Im März 2025 stellten die Kontrolleure des Kantons fest, dass manche Probleme weiterhin bestanden. Erneut wurden in einzelnen Proben stark erhöhte Keimwerte gemessen, und verschiedene Lebensmittel waren zu warm gelagert.

Gemäss dem Strafbefehl nahm der Geschäftsführer die Beanstandungen jeweils zur Kenntnis, änderte aber nichts Grundlegendes. Als verantwortliche Person hätte er sicherstellen müssen, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden. Durch die wiederholten Verstösse nahm er zumindest in Kauf, gegen das Lebensmittelgesetz zu verstossen. Die Staatsanwaltschaft verurteilte den Mann zu einer Busse von 2000 Franken. Hinzu kommen noch die Strafbefehlsgebühren von 700 Franken.

Zwar sind solche Fälle im Vergleich zur grossen Zahl an Restaurants relativ selten, trotzdem gibt es regelmässig Betriebe, die nach mehrmaligen Kontrollen gebüsst werden. In der Vergangenheit wurde deshalb mehrfach die Forderung nach einem für Gäste transparenteren System laut. (kob)

ANZEIGE



AUTO KUNZ AG
SCHWEIZWEIT TIEFSTE PREISE
AUTO-FEST
2./3. Mai 2026
• Rabatte • Bistro • Wettbewerb • Kinderunterhaltung

Nachrichten

Lernende kreieren ein alkoholfreies Bier

Feldschlösschen Zwei lernende Brau- und Getränketechnologen des Rheinfelder Bierherstellers haben das alkoholfreie «Nullkommanix» entwickelt. Es ist ab sofort in ausgewählten Coop-Märkten erhältlich. Der Erlös fliesst laut Mitteilung in den Ausbildungsfonds des

Brauereiverbands. Am Swiss Beer Award wurde das Lernen-Bier mit der Silbermedaille ausgezeichnet. (dvi)

Hero kauft britischen Snackhersteller

Übernahme Die Lenzburger Hero Gruppe hat die britische Firma The Gut Stuff aufgekauft.

The Gut Stuff mit Sitz in London stellt auf die Darmgesundheit ausgerichtete Snacks und Erfrischungsgetränke her. «Das ist für uns eine hervorragende Gelegenheit, am wachsenden Trend rund um Darmgesundheit und Ballaststoffe teilzuhaben», wird Hero-Chef Christian Schierbaum in einer Medienmitteilung zitiert. (dvi)

ANZEIGE



An- und Verkauf B&B
Liquidationen
www.avbb.ch - 079 361 88 05
Öffnungszeiten Do. - Sa. 10.00 - 14.00 Uhr
Hardstrasse 41 - 5430 Wettingen